

Mitteilungen der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz

Liebe Kolleg*innen,

Digitalisierung verändert unseren Alltag spürbar – in der Praxis, in der Verwaltung und im täglichen Arbeiten. Mit den neuen Serviceleistungen des Mitgliederportals der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz gehen wir einen wichtigen Schritt, um diesen Wandel im Sinne unserer Mitglieder aktiv zu gestalten.

Das Portal bündelt viele Serviceangebote an einem Ort und macht sie jederzeit und ortsunabhängig zugänglich: Sie können Ihre gespeicherten persönlichen Daten einsehen, Änderungen digital beantragen, Fortbildungspunkte und Fristen prüfen oder Verlängerungen direkt online anstoßen. Damit entfallen zahlreiche papiergebundene Abläufe – das spart Zeit, Porto und Aufwand, sowohl für Sie als auch für die Geschäftsstelle.

Hinter dieser technischen Neuerung steht ein größeres Ziel: Wir wollen die Chancen der Digitalisierung für unsere Profession nutzbar machen, ohne ihre Risiken aus dem Blick zu verlieren. Datenschutz, Datensicherheit und Nutzerfreundlichkeit haben dabei oberste Priorität. Zugleich eröffnet die Digitalisierung neue Möglichkeiten für Kommunikation, Fortbildung und kollegialen Austausch – Chancen, die wir als Kammer weiter ausbauen möchten. Wir laden Sie herzlich ein, diesen Weg mit uns zu gehen und das neue Mitgliederportal zu nutzen. Digitalisierung, Versorgung und Engagement – gemeinsam gestalten wir die Zukunft unserer Profession!

Dass wir dabei in Rheinland-Pfalz auch von politischer Seite Unterstützung erhalten, wird in weiteren Beiträgen dieser Länderseiten deutlich: Bei „LPK trifft Gesundheitspolitik 2025“ diskutierten Vertreter*innen aller demokratischen Parteien mit uns über die Zukunft der psychotherapeutischen Versorgung in Rheinland-Pfalz – und über die Bedeutung



Marcel Hüninghaus (Foto: Lisa Krieg)

psychischer Gesundheit als gemeinsames politisches Anliegen. Ministerpräsident Alexander Schweitzer betont im Interview, wie wichtig es ist, psychische Belastungen frühzeitig zu erkennen, Hilfen zugänglich zu machen und psychische Gesundheit als festen Bestandteil von Prävention und Katastrophenschutz zu verankern.

Wir freuen uns, dass wir am selben Strang ziehen, und hoffen, dass den Worten Taten folgen.

Mit kollegialen Grüßen

Marcel Hüninghaus
Mitglied des Vorstandes der LPK RLP

Zeit und Porto sparen mit den neuen Serviceleistungen im Mitgliederportal

Die Landespsychotherapeutenkammer bietet im Mitgliederportal auf der Website www.lpk-rlp.de nun zusätzliche digitale Leistungen an, die die Arbeitsabläufe für alle Beteiligten deutlich erleichtern: Im Bereich „Meine Daten“ können Sie die persönlichen Daten einsehen, die die Kammer von Ihnen gespeichert hat, und selbst digital Änderungen dieser Daten beantragen. Im Bereich „Fortbildung“ haben Sie

Einblick in Ihr Fortbildungspunktekonto und können beantragen, dass Ihre Fortbildungsfrist beispielsweise aufgrund langfristiger Erkrankungen oder Elternzeiten verlängert wird. [Allerdings ist die Kammer nur dann für die Verlängerung zuständig, wenn Sie NICHT Mitglied der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) sind. Für die Fortbildungsfrist von Kammermitgliedern mit Kassenzulassung ist die KV zuständig.]

Um ins Mitgliederportal zu gelangen, können Sie **auf jeder beliebigen Seite** unserer Website am unteren rechten Bildschirmrand auf „Login“ klicken oder in der Homepage-Rubrik „Psychotherapeut*innen“ im Menü auf den Button „Login Mitgliederportal“ klicken. Bei technischen Schwierigkeiten wenden Sie sich bitte an unseren Mitarbeiter Herrn Kleubler unter 06131/93055-22.

Parteiübergreifendes Ziel: Bessere psychotherapeutische Versorgung „LPK trifft Gesundheitspolitik 2025“



V. l. n. r.: M. Wäschenbach, M. Hünninghaus, U. Beste, Dr. A. Benecke, S. Maur, S. Wink.
Dr. O. Kusch, Gesundheitsminister C. Hoch (beide Fotos: Kristina Schäfer)

Das Bewusstsein für den Wert psychischer Gesundheit und die Bereitschaft, bestehende Probleme in der ambulanten und stationären psychotherapeutischen Versorgung anzugehen, ist parteiübergreifend groß. Das wurde im Rahmen der Veranstaltung „LPK trifft Gesundheitspolitik 2025“ deutlich, die diesmal den Titel „Landespolitik Rheinland-Pfalz: Was planen die Fraktionen für die Zukunft der psychotherapeutischen Versorgung?“ trug. Die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz hatte Vertreter*innen der demokratischen Parteien des Landtages eingeladen, ihre Positionen zu verschiedenen Themen der psychotherapeutischen Versorgung im Land zu erläutern und gemeinsam mit anderen Akteur*innen aus Politik und Gesundheitswesen zu diskutieren.

Zu ihrer Freude konnte die Kammer den Gesundheitsminister von Rheinland-Pfalz, **Clemens Hoch**, willkommen heißen, der ein Grußwort sprach und an der Gesprächsrunde teilnahm. Weitere Gesprächspartner*innen der Diskussionsrunde waren die Landtagsabgeordneten **Lisa-Marie Jeckel** (Freie

Wähler), **Dr. Oliver Kusch** (SPD), **Michael Wäschenbach** (CDU), **Steven Wink** (FDP) und **Josef Winkler** (Bündnis 90/Die Grünen). Moderiert wurde die Runde von LPK-Präsidentin **Sabine Maur** und BPtK-Präsidentin **Dr. Andrea Benecke**.

Als Gäste begrüßen konnte Sabine Maur außerdem Vertreter*innen der gesetzlichen Krankenkassen, der Heilberufekammern und der Kassenärztlichen Vereinigung sowie der Kliniken, zudem Chefärzt*innen des Landes, die Direktorin des Landkreistages, Vertreter*innen der Ministerien und der Landesämter, der Hochschulen des Landes, der psychosozialen Einrichtungen von Rheinland-Pfalz und ganz besonders herzlich die Kammermitglieder.

In ihrer Eröffnungsrede forderte die Kammerpräsidentin eine bessere psychotherapeutische Versorgung vor allem für Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen sowie Kinder und Jugendliche, außerdem größere gesamtgesellschaftliche Anstrengungen, die ein psychisch gesundes Aufwachsen ermöglichen. Dafür sind bes-

sere Prävention, ernsthafte Bekämpfung sozialer und ökologischer Krisen sowie die sinnvolle Regulierung digitaler Plattformen und sozialer Medien unabdingbar.



Gesundheitsminister Clemens Hoch

Clemens Hoch dankte in seinem Grußwort der Landespsychotherapeutenkammer für die gute Kooperation, nicht zuletzt im Nachgang der Flutkatastrophe. Die Zusammenarbeit mit der Kammer sei für ihn immer eine Freude, der Austausch manchmal kritisch, doch konstruktiv.

In der Podiumsrunde wurden unter anderem ambulante und stationäre Versorgungsprobleme, das Primärarztsystem, die Finanzierung der Weiterbildung und die behördliche Erfassung von psychisch kranken Menschen in Registern thematisiert.

Insgesamt ließen die auf dem Podium versammelten Politiker*innen deutliches Verständnis für die Nöte der Profession erkennen. Zudem war parteiübergreifend die Empathie gegenüber Menschen mit psychischen Erkrankungen groß. Man war sich einig, dass weiteres Engagement gegen Stigmatisierung psychisch kranker Menschen und marginalisierter Gruppen wichtig ist. Die Kammer ist dankbar für die politische Unterstützung im Einsatz für eine bessere Versorgung psychisch kranker Menschen und freut sich auf weitere konstruktive Zusammenarbeit – denn es gibt noch viel zu tun!

Einen ausführlichen Bericht zur Veranstaltung finden Sie auf www.lpk-rlp.de unter „Aktuelle Nachrichten“.

Ministerpräsident Alexander Schweitzer im Interview mit der LPK RLP



Ministerpräsident Alexander Schweitzer
(Foto: Staatskanzlei RLP/Kay)

Lesen Sie hier in Auszügen, wie der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Alexander Schweitzer die Interviewfragen der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz (LPK RLP) rund um die psychische Gesundheit in unserem Bundesland beantwortet hat.

LPK RLP: Herr Ministerpräsident Schweitzer, es ist noch nicht so lange her, dass über psychische Erkrankungen nicht gesprochen wurde – teils aus Scham, teils aus mangelndem Verständnis für die Art der Erkrankung. Anders als heute war psychische Gesundheit kein Thema im öffentlichen Diskurs. Können Sie sich an einen politischen oder persönlichen Moment erinnern, der Ihnen den Stellenwert psychischer Gesundheit besonders deutlich gemacht hat?

Alexander Schweitzer: Einen speziellen Moment habe ich zwar nicht im Gedächtnis, aber ich nehme deutlich wahr, dass sich das gesellschaftliche Bewusstsein für psychische Gesundheit in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert hat. In vielen Gesprächen, beruflich wie privat, erlebe ich, dass Menschen mittlerweile offener über psychische Erkrankungen sprechen – entweder, weil sie selbst betroffen sind oder als Angehörige. Das ist eine gute Entwicklung, denn psychische Gesundheit verdient genauso viel Aufmerksamkeit und Unterstützung wie körperliche Gesundheit. Es ist wichtig, offen über psychische Belastungen und Erkrankungen zu sprechen und Hilfsangebote sichtbar und zugänglich zu machen. Deshalb setze ich mich auch für mehr

Offenheit, bessere Hilfsstrukturen und eine frühzeitige Prävention ein.

Wie aktuelle Zahlen des Deutschen Jugendinstitutes belegen, ist rund jeder sechste junge Mensch in Deutschland psychisch belastet. Auch in Rheinland-Pfalz leiden viele junge Menschen unter den aktuellen Krisen und Kriegen, Zukunftsängsten, den Nachwirkungen der Corona-Pandemie, Einsamkeit, aber auch unter Mobbing und Notendruck. Der Zugang zu Hilfe ist oft schwierig: Es gibt zu wenige Psychotherapieplätze, Schulsozialarbeiter*innen und Entlastungsangebote. Besonders Familien mit wenigen Ressourcen fällt es oft schwer, sich Unterstützung zu organisieren. Wie ernst nehmen Sie diese Problematik? Welche Maßnahmen ergreift Rheinland-Pfalz um gegenzusteuern?

Ich nehme diese Problematik sehr ernst – die Zahlen, die uns das Deutsche Jugendinstitut vorlegt, sind beunruhigend und zeigen deutlich, wie groß der Druck auf viele junge Menschen in unserem Land ist. [...] In Rheinland-Pfalz haben wir daher klare Prioritäten gesetzt: Wir wollen den Zugang zu Hilfe deutlich verbessern. Das bedeutet konkret, dass wir uns für eine Überarbeitung der Bedarfsplanung für Psychotherapie einsetzen, mehr Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter einstellen und zusätzliche Entlastungsangebote schaffen. Besonders Familien mit weniger Ressourcen wollen wir besser unterstützen, damit sich hohe Belastungen nach Möglichkeit gar nicht erst zu psychischen Risikofaktoren entwickeln. Mein Ziel ist es, dass jedes Kind in Rheinland-Pfalz unabhängig von Herkunft und familiären Ressourcen Zugang zu qualifizierter Hilfe bekommt. [...]

Bei vergangenen Großschadensereignissen wie der Amokfahrt in Trier im Dezember 2020 und dem Ahratal-Hochwasser im Juli 2021 hat die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz in enger Abstimmung

und in guter Kooperation mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung, dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) sowie mit dem Opferbeauftragten schnell gehandelt und konnte dank des großen Engagements ihrer Mitglieder zahlreiche betroffene Rheinland-Pfälzer*innen psychotherapeutisch unterstützen. Allerdings gab es bisher keine verbindlichen Strukturen, die die schnelle Unterstützung durch Psychotherapeut*innen in Großschadenslagen regeln. In Rheinland-Pfalz wurde nun der Katastrophenschutz neu aufgestellt und das neue Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz gegründet. Welche Rolle kommt Psychotherapeut*innen und psychischer Gesundheit gemäß dem neuen Katastrophenschutzgesetz zu und wie kann eine zuverlässige Überleitung aus der akuten Lage in das Gesundheitswesen gelingen?

[...] In Zusammenarbeit mit der Landespsychotherapeutenkammer, dem Gesundheitsministerium, dem Sozialministerium und weiteren Institutionen konnten wir bereits viel bewirken. Nach der Flutkatastrophe im Ahratal zum Beispiel haben die Psychotherapeut*innen im Land mit der LPK umgehend und unkompliziert Hilfe organisiert. [...] Ich bin sehr dankbar für das außerordentliche Engagement der Psychotherapeut*innen in Rheinland-Pfalz, die schnell und professionell geholfen haben. Das war beeindruckend – aber es hat sich auch gezeigt, dass wir für Krisensituationen dauerhafte und verlässliche Strukturen brauchen.

Genau deshalb haben wir im Zuge der Neuaufstellung des Katastrophenschutzes und mit der Gründung des neuen Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz erstmals die psychische Gesundheit systematisch im Katastrophenschutzgesetz verankert. Psychosoziale Notfallversorgung ist jetzt ein fester Bestandteil der Gefahrenabwehr. Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten spielen dabei eine zentrale Rolle – nicht nur in der akuten Krisenin-

tervention, sondern auch in der Begleitung der Betroffenen in der Zeit danach.

Wesentlich ist für mich auch, dass es eine verlässliche und koordinierte Überleitung vom akuten Einsatz in das reguläre Gesundheitswesen gibt. Dazu gehören klare Zuständigkeiten, feste Ansprech-

partner, finanzielle Absicherung und eine gute Abstimmung zwischen Katastrophenschutz, Gesundheitswesen und den Berufsgruppen. [...] Psychische Gesundheit ist für mich unverzichtbarer Teil einer ganzheitlichen Katastrophenhilfe, und ich setze mich dafür ein, dass Rheinland-Pfalz hier eine Vorreiterrolle

einnimmt. Bei dieser Entwicklung ist die LPK ein wichtiger Partner des Landes.

Das vollständige Interview finden Sie auf www.lpk-rlp.de.

Prof. Dr. Wilma Funke ist neue Vorstandsbeauftragte für Psychotherapie im Suchtbereich

Prof. Dr. Wilma Funke hat ihre gesamte berufliche Laufbahn in den Dienst der Suchttherapie gestellt – mit überragendem Engagement und Erfolg. Seit 1. Juli 2025 ist sie Vorstandsbeauftragte der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz für Psychotherapie im Suchtbereich. Aus diesem Anlass hat die Kammer mit ihr ein Interview über die Versorgung von suchtkranken Menschen geführt, von dem Sie hier einen Auszug lesen können. Das vollständige Interview finden Sie auf www.lpk-rlp.de.

LPK RLP: Wo setzt man als Psychotherapeut*in an, wenn man suchtkranken Menschen helfen will, ihre Abhängigkeit zu überwinden?

Wilma Funke: Zunächst müssen wir klarstellen, dass es nicht nur um Konsum und Rückfall geht. Eine Abhängigkeitserkrankung ist vergleichbar mit einer Stoffwechselerkrankung wie Diabetes oder einer psychischen Erkrankung wie einer Depression. Es handelt sich um ein sehr komplexes Störungsbild, das Körper, Geist und Seele betrifft und Auswirkungen auf alle Daseinsebenen hat. Es gibt sowohl soziale Ursachen als auch soziale Auswirkungen. Die meisten Suchtkranken haben ein sehr niedriges Selbstwertgefühl. Es geht also darum, einen anderen Umgang mit sich selbst zu lernen, Selbstwirksamkeit zu erleben, Kontrolle zurückzugewinnen, sich selbst (wieder) zu achten. Auch in der Prävention ist daher übrigens das zentrale Thema, Menschen stark zu machen, um sie vor Suchterkrankungen zu bewahren. Außerdem wird in der Suchttherapie das Selbst als soziales

Wesen in den Fokus genommen, also der Umgang mit anderen. [...]

Sie sind auch als Supervisorin tätig. Welchen Ratschlag an Ihre Kolleg*innen halten Sie für besonders wichtig?

Der Standard sollte sein, dass bei jedem*jeder Patient*in in der Anamnese erhoben werden sollte, ob Tabak, Alkohol oder andere Stoffe konsumiert werden oder ob es nichtstoffgebundenes Suchtverhalten gibt. Ich wünsche mir, dass Psychotherapeut*innen ihre Patient*innen als ganze Menschen sehen, die unter anderem ein Suchtproblem haben können.

Sie sind seit neuestem Vorstandsbeauftragte unserer Kammer für Psychotherapie im Suchtbereich. Welche Aufgaben und Ziele liegen vor Ihnen?

Ich möchte das Thema Sucht „besprechbar machen“. Es wurde lange zu wenig beachtet und ich halte eine aktive Beschäftigung mit diesem Thema für nötig. Wir wollen für die Kolleg*innen konkrete Angebote schaffen, sich mit Psychotherapie der Sucht zu beschäftigen, etwa durch Fortbildungsveranstaltungen, digitalen Austausch der Behandler*innen sowie durch Artikel und Berichte zu aktuellen Entwicklungen in der Suchtpsychotherapie. Ich möchte Ängste und Hemmschwellen abbauen helfen und die Kolleg*innen ermutigen, sich die Behandlung von Suchtkranken zuzutrauen. Die Prognose ist oft gut und die Therapieverläufe ver-



Prof. Dr. Wilma Funke (Foto: privat)

gleichsweise kurz. Es kann sehr erfüllend sein, Patient*innen auf dem Weg aus der Abhängigkeit zu unterstützen. Wenn man seine Vorbehalte überwindet, sind Abhängigkeitsstörungen psychische Erkrankungen wie andere auch.

Geschäftsstelle

Diether-von-Isenburg-Str. 9–11
55116 Mainz
Tel.: 06131/93055–10
Fax: 06131/93055–20
service@lpk-rlp.de
www.lpk-rlp.de